

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XXXI

1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

§ 1. Recht und Rechtsquellen	1
I. Das Recht	1
1. Die Struktur des Rechts	1
2. Die Aufgabe des Rechts	1
II. Die Rechtsquellen	2
1. Rechtsprinzip und Rechtssatz	2
2. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht	2
a) Gesetztes Recht	2
b) Gewohnheitsrecht	3
aa) Entstehung und Begriff des Gewohnheitsrechts	3
bb) Gleichberechtigung von Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht	3
cc) Außerkrafttreten des Gewohnheitsrechts	3
3. Richterrecht und Verkehrssitte	4
a) Richterrecht	4
b) Verkehrssitte	4
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	5
I. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung	5
II. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	6
1. Die Gebiete des Privatrechts	6
2. Die Gebiete des öffentlichen Rechts	7
III. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht	8
§ 3. Das bürgerliche Recht	9
I. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts	9
1. Die Entstehung des BGB	9
2. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB	10
3. Aufbau und Inhalt des BGB	12
4. Sprache und Regelungstechnik des BGB	12
5. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB	14
a) Strenges und billiges Recht	14
b) Zwingendes und dispositives Recht; Auslegungsregeln	15
II. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts	16
1. Das Kaiserreich	16
2. Die Weimarer Republik	17
3. Die nationalsozialistische Herrschaft	17
4. Die Besatzungszeit	18
5. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR	18
6. Die Entwicklung in der Bundesrepublik	18

a)	Die Bedeutung des Grundgesetzes	18
b)	Die Rechtsentwicklung auf einzelnen Gebieten	19
7.	Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
a)	Die Rechtsangleichung als Ziel der Union	20
b)	Die Mittel der Rechtsangleichung	20
aa)	Die Verordnung	20
bb)	Die Richtlinie	20
c)	Der Einfluss der Richtlinien auf das Bürgerliche Recht	21
d)	Die richtlinienkonforme Auslegung	21
e)	Fehlerhafte Umsetzung einer Richtlinie	22
f)	Der Einfluss des AEUV auf das Bürgerliche Recht	22
g)	Künftiges Europäisches Zivilgesetzbuch	22
III.	Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
1.	Der sachliche Geltungsbereich	23
2.	Der zeitliche Geltungsbereich	23
3.	Der räumliche Geltungsbereich	23
§ 4.	Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	25
I.	Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
1.	Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25
2.	Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
3.	Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	25
II.	Die Rechtsanwendung im Prozess	25
1.	Die Stellung des Richters	25
2.	Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
a)	Die Klageerhebung	26
b)	Die mündliche Verhandlung	26
c)	Die Beweisaufnahme	26
d)	Das Urteil	26
III.	Die Gesetzesauslegung	27
1.	Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
2.	Das Ziel der Gesetzesauslegung	27
3.	Die Methoden der Gesetzesauslegung	27
a)	Die sprachlich-grammatische Auslegung	28
b)	Die systematische Auslegung	28
c)	Die historische Auslegung	28
d)	Die teleologische Auslegung	29
e)	Exkurs: Die ökonomische Analyse des Rechts	29
4.	Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
IV.	Die Rechtsfortbildung	30
1.	Ausfüllung von Gesetzeslücken	30
a)	Analogie	30
b)	Teleologische Reduktion	31
2.	Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	31

2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	33
I. Der Grundsatz der Privatautonomie	33
1. Die Bedeutung der Privatautonomie	33
2. Die Schranken der Privatautonomie	34
a) Schranken der Abschlussfreiheit	34
aa) Zum Schutze des Handelnden	34
bb) Zum Schutze Dritter	35
b) Schranken der Inhaltsfreiheit	35
aa) Zum Schutze des Vertragspartners	35
bb) Zum Schutze Dritter und der Allgemeinheit	35
c) Schranken der Formfreiheit	35
d) Schutz vor Diskriminierung	35
II. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung	35
III. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	37
1. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts	37
2. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	37
3. Geschäftsähnliche Handlung und Realakt	38
a) Geschäftsähnliche Handlung	38
b) Realakt	38
c) Zweifelsfragen	39
IV. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte	39
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	39
2. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen	40
3. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte	40
4. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	40
a) Begriff, Bedeutung und Unterschiede	40
b) Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip	42
c) Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verpflichtungsgeschäfts („Leistungskondiktion“)	43
d) Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verfügungsgeschäfts	44
5. Treuhandgeschäfte	44
6. Verbraucherverträge	45
a) Die Begriffe des „Verbrauchers“ und des „Unternehmers“	45
aa) „Verbraucher“	45
bb) „Unternehmer“	46
b) Einzelne Verbrauchervertragsregelungen	47
c) Durchsetzung der Verbraucherschutzregelungen	47
§ 6. Die Willenserklärung	48
I. Begriff und Arten der Willenserklärung	48
1. Der Begriff der Willenserklärung	48
a) Der objektive Tatbestand	48
b) Der subjektive Tatbestand	50
2. Die Arten der Willenserklärung	51
a) Ausdrückliche und konkludente Willenserklärung	51

b)	Schweigen als Willenserklärung	52
aa)	Schweigen als Erklärungshandlung	52
bb)	Schweigen mit Erklärungswirkung	52
c)	Automatisierte Willenserklärungen	53
d)	Online abgegebene Willenserklärungen	53
II.	Das Wirksamwerden der Willenserklärung	53
1.	Grundsatz	53
2.	Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	53
3.	Die Abgabe der Willenserklärung	54
4.	Der Zugang der Willenserklärung	56
a)	Der Begriff des Zugangs	56
b)	Einzelfragen	58
aa)	Zustellung durch die Post	58
bb)	Einschaltung einer Mittelsperson	59
cc)	Einschaltung von elektronischen Kommunikationssystemen	60
dd)	Erklärungen unter Anwesenden	61
ee)	Formbedürftige Willenserklärungen	61
ff)	Beweis des Zugangs	61
gg)	Abweichende Regelungen	62
c)	Der Widerruf der Erklärung	62
d)	Tod und Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden (§ 130 Abs. 2 BGB)	62
e)	Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers (§ 131 BGB)	63
f)	Zustellung als Zugangsersatz	64
g)	Zugangshindernisse, insbes. Vereitelung oder Verzögerung des Zugangs	65
§ 7.	Die Willensmängel	66
I.	Überblick	66
II.	Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	67
1.	Fehlen des Handlungswillens	67
2.	Fehlen des Erklärungsbewusstseins	68
3.	Fehlen des Geschäftswillens	69
III.	Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	70
1.	Der geheime Vorbehalt (§ 116 BGB)	70
2.	Das Scheingeschäft (§ 117 BGB)	71
a)	Begriff und Bedeutung des Scheingeschäfts	71
b)	Abgrenzung	72
c)	Der Schutz Dritter beim Scheingeschäft	72
d)	Das verdeckte Geschäft	73
3.	Die nichternstliche Erklärung (§ 118 BGB)	73
a)	Begriff und Bedeutung	73
b)	Abgrenzung	74
IV.	Der Irrtum	74
1.	Allgemeines	74

2.	Die einzelnen Irrtumstatbestände	75
a)	Der Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	75
b)	Der Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	75
c)	Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	76
d)	Der Übermittlungsirrtum (§ 120 BGB)	78
3.	Abgrenzungsfragen	79
a)	Das Unterschreiben einer ungelesenen Urkunde	79
b)	Der Irrtum über die Rechtsfolgen	80
c)	Der Kalkulationsirrtum und der beiderseitige Motivirrtum	80
d)	Die automatisierte Willenserklärung	82
e)	Die abredewidrige Blankettausfüllung	82
4.	Einschränkungen der Anfechtbarkeit	83
a)	Die subjektive und objektive Erheblichkeit des Irrtums	83
b)	Die Anfechtungsfrist (§ 121 Abs. 1 S. 1 BGB)	83
c)	Sonstige Einschränkungen	84
aa)	Einverständnis des Gegners mit wirklich gewolltem Geschäftsinhalt	84
bb)	Vorrang der geschäftstypischen Risikoverteilung	85
cc)	Vorrang der Mängelhaftung vor der Anfechtung nach § 119 Abs. 2 BGB?	85
dd)	Einschränkung der Anfechtung bei Arbeits- und Gesellschaftsverträgen	85
ee)	Ausschluss der Anfechtung durch Vereinbarung	86
5.	Die Anfechtung und ihre Folgen	86
V.	Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	87
1.	Allgemeines	87
2.	Die arglistige Täuschung	87
a)	Täuschung	87
b)	Kausalität zwischen Täuschung und Willenserklärung	88
c)	Arglist	89
d)	Person des Täuschenden	89
e)	Beweislast	91
3.	Die widerrechtliche Drohung	91
a)	Drohung	91
b)	Kausalität zwischen Drohung und Erklärung	92
c)	Widerrechtlichkeit der Handlung	92
aa)	Widerrechtlichkeit des Mittels	93
bb)	Widerrechtlichkeit des Zwecks	93
cc)	Inadäquanz von Mittel und Zweck	93
4.	Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	94
a)	Anfechtbarkeit und Anfechtung	94
b)	Einschränkungen der Anfechtbarkeit	94
c)	Die Anfechtungsfristen	95
d)	Konkurrenzfragen	95
aa)	Das Verhältnis zu Nichtigkeits- und sonstigen Anfechtungsgründen	95

bb) Das Verhältnis zu Leistungsstörungsregeln	96
cc) Das Verhältnis zu Schadensersatzansprüchen	96
VI. Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	97
1. Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	97
a) Begriff der Anfechtbarkeit	97
b) Gegenstand der Anfechtung	97
c) Abgrenzung	98
2. Voraussetzungen der Anfechtung	98
a) Zulässigkeit der Anfechtung	98
b) Anfechtungsgründe	99
c) Anfechtungsfristen	99
3. Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	99
a) Das Anfechtungsrecht	99
b) Die Anfechtungserklärung	100
c) Der Anfechtungsgegner	101
4. Die Wirkungen der Anfechtung	101
a) Rückwirkung	101
b) Folgen des Kennens und Kennenmüssens der Anfechtbarkeit	102
c) Wirkung gegenüber Dritten	102
5. Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	103
§ 8. Der Vertrag	104
I. Allgemeines	104
1. Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	104
2. Das Zustandekommen des Vertrages	105
3. Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	105
II. Das Angebot	106
1. Die Voraussetzungen des Angebots	106
a) Die Bestimmtheit des Angebots	106
b) Die Verbindlichkeit des Angebots	107
2. Rechtsfolgen des Angebots	108
a) Bindung an das Angebot	108
b) Die Rechtsposition des Angebotsempfängers	110
c) Das Erlöschen des Angebots	110
III. Die Annahme	112
1. Begriff und Bedeutung der Annahme	112
2. Erklärung der Annahme	113
3. Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	115
4. „Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“	115
a) Abgrenzung	115
b) Bedeutung des Schweigens auf ein Bestätigungsschreiben	116
c) Voraussetzungen des Vertrauensschutzes	116
d) Grenzen des Vertrauensschutzes	117
e) Unkenntnis und Willensmängel beim Empfänger	117
IV. Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	118
1. Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	118
2. Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	118
a) Widerrufserklärung	118

b) Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	119
3. Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	119
V. Der Einigungsmangel (Dissens)	119
1. Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages	119
2. Der offene Dissens	120
3. Der versteckte Dissens	121
VI. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang	121
VII. Vorvertrag und Optionsvertrag	123
1. Der Vorvertrag	124
2. Der Optionsvertrag	125
3. Exkurs: Die Festofferte	126
VIII. Der Vertragsschluss im Internet	126
1. Einführung	126
2. Das Zustandekommen des Vertrages im Internet	126
a) Angebot	126
b) Annahme	127
c) Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	128
3. Wirksamkeit von Willenserklärungen	128
a) Abgabe und Zugang	128
b) Willensmängel	128
c) Form	129
d) Bestellung über Schaltfläche („Button“)	129
§ 9. Die Auslegung des Rechtsgeschäfts	130
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung	130
II. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel	131
III. Auslegungsziele	131
1. Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage	131
2. Die Auslegung von Testamenten	132
3. Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen	132
4. Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit	133
IV. Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze	134
1. Das Verbot der Buchstabenauslegung	134
2. Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157 BGB)	134
3. Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten	135
4. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	136
V. Die ergänzende Vertragsauslegung	137
1. Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht	137
2. Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	138
a) Voraussetzungen	138
b) Durchführung	138
3. Ergänzende Vertragsauslegung und Grundsätze über die Geschäftsgrundlage	139
§ 10. Die Geschäftsfähigkeit	139
I. Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit	140

1.	Die Geschäftsfähigkeit	140
2.	Die Geschäftsunfähigkeit	140
3.	Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	141
II.	Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	141
III.	Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit	143
1.	Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften	143
a)	Verpflichtungsgeschäfte	144
b)	Verfügungsgeschäfte	145
c)	Annahme einer Leistung als Erfüllung	146
d)	Ausübung von Gestaltungsrechten und Ablehnung von Angeboten	147
e)	Rechtlich neutrale Geschäfte	147
2.	Die Einwilligung	149
a)	Begriff der Einwilligung	149
b)	Arten der Einwilligung	149
aa)	Die Einzeleinwilligung	149
bb)	Die Generaleinwilligung	149
cc)	Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln („Taschengeldparagraf“, § 110 BGB)	150
3.	Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung	151
a)	Einseitige Rechtsgeschäfte	151
b)	Verträge	152
4.	Die Handels- und Arbeitsmündigkeit	153
a)	Die Handelsmündigkeit	153
b)	Die Arbeitsmündigkeit	153
5.	Die datenschutzrechtliche Einwilligung durch Minderjährige	154
IV.	Vormundschaft, Pflegschaft für Minderjährige, rechtliche Betreuung	155
1.	Vormundschaft	155
2.	Pflegschaft für Minderjährige	155
3.	Rechtliche Betreuung	155
§ 11.	Die Vertretung	156
I.	Allgemeines	156
1.	Begriff und Funktion der Vertretung	156
a)	Gesetzliche Vertretung	156
b)	Gewillkürte Vertretung	157
2.	Voraussetzungen und Folgen der Vertretung	157
3.	Zulässigkeit der Vertretung	158
4.	Anwendungsbereich der Vertretung	158
5.	Abgrenzung	158
a)	Bote	158
b)	Abschlussvermittler	159
c)	Verhandlungsgelhilfe	159
d)	Mittelbarer (Stell)Vertreter	159
e)	Treuhänder	159
f)	Gesetzliche Vermögensverwalter	159
g)	Wissensvertreter	159

II. Das Handeln in fremdem Namen	159
1. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten)	159
2. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip)	160
3. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“	162
4. Die „mittelbare Stellvertretung“	162
5. Das „Handeln unter fremdem Namen“	163
III. Die Vollmacht	163
1. Begriff und Erteilung der Vollmacht	163
2. Vollmacht und Innenverhältnis	164
3. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	165
4. Vollmacht und Willensmängel	166
5. Erlöschen der Vollmacht	167
a) Erledigung der Vollmacht	167
b) Erlöschen nach Maßgabe des Innenverhältnisses	167
c) Verzicht auf die Vollmacht	168
d) Widerruf der Vollmacht	168
e) Tod und Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers	169
f) Tod und Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten	169
IV. Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinsvollmacht	170
1. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht	170
a) Rechtsschein des Fortbestands einer Außenvollmacht	170
b) Rechtsschein durch Kundgabe der Bevollmächtigung	170
c) Aushändigung einer Vollmachtsurkunde	171
d) Sonstige Fälle	172
2. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	172
a) Duldungsvollmacht	173
b) Anscheinsvollmacht	174
3. Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht	175
V. Das Vertretergeschäft	175
1. Auslegung	176
2. Willensmängel	177
3. Kennen und Kennenmüssen von Umständen	177
4. Erweiterte Wissenszurechnung	178
a) Wissenszurechnung bei Vertretern einer juristischen Person	178
b) Wissenszurechnung bei „Wissensvertretern“	178
c) Wissenszurechnung innerhalb einer arbeitsteiligen Organisation	179
VI. Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	180
1. Der Umfang der Vertretungsmacht	180
a) Gesetzliche Vertretungsmacht	180
b) Organschaftliche Vertretungsmacht	180
c) Vollmacht	180
aa) Allgemeines	180
bb) Untervollmacht	181
cc) Spezial-, Gattungs- und Generalvollmacht	181
dd) Transmortale und postmortale Vollmacht	182
ee) Verdrängende Vollmacht?	182
2. Einzel- und Gesamtvertretung	182

3. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	183
4. Das Inschlaggeschäft	184
VII. Handeln ohne Vertretungsmacht	185
1. Die Folgen für das Vertretergeschäft	185
a) Verträge	185
b) Einseitige Rechtsgeschäfte	187
2. Die Haftung des Vertreters (§ 179 BGB)	187
a) Die Haftung bei Kenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	187
b) Die Haftung bei Unkenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	188
c) Ausschluss der Haftung (§ 179 Abs. 3 BGB)	189
d) Fragen der Beweislast und des Wahlrechts des Gegners bei der Rechtsscheinvollmacht	189
e) Einzelfragen	190
3. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	190
4. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	190
§ 12. Die Form des Rechtsgeschäfts	191
I. Die Formfreiheit als Grundsatz	191
II. Gesetzliche und gewillkürte Form	192
III. Die Formzwecke	192
IV. Die Arten der Form	193
1. Die schriftliche Form (§§ 126, 127 BGB)	193
2. Die elektronische Form (§ 126a BGB, § 127 Abs. 1, 3 BGB)	195
3. Die Textform (§§ 126b, 127 Abs. 1 BGB)	197
4. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	197
5. Die notarielle Beurkundung (§§ 127 a, 128 BGB)	198
V. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	199
1. Nichtigkeit als Folge des Formverstoßes	199
2. Heilung des Formmangels	199
3. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	199
a) Das Problem: Rechtssicherheit contra Billigkeit	199
b) Die Rechtslage bei Verpflichtungsgeschäften	200
c) Die Rechtslage bei sonstigen Rechtsgeschäften	201
VI. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	201
§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts	202
I. Allgemeines	202
1. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	202
a) Der rechtsgeschäftliche Typenzwang	202
b) Die Unzulässigkeit rechtsgeschäftlicher Veräußerungsverbote (§ 137 S. 1 BGB)	203
2. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	204
a) Einschränkungen durch zwingende Rechtsnormen	204
b) Einschränkungen durch das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	204
c) Einschränkungen durch die Generalklauseln	204

d) Das Problem der Vertragsgerechtigkeit	205
II. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)	205
1. Allgemeines	205
2. Vorliegen eines Verbotsgesetzes	205
3. Rechtsfolgen	207
a) Das Verpflichtungsgeschäft	207
b) Das Erfüllungsgeschäft	207
c) Die Rückabwicklung	208
d) Schadensersatzansprüche	208
4. Die Gesetzesumgehung	208
III. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB)	209
1. Der Begriff der „guten Sitten“	209
a) Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen	209
b) Die rechtlichen Wertungen	209
c) Der Beurteilungszeitpunkt	210
2. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	210
3. Fallgruppen	211
a) Machtmissbrauch	211
b) Gefährdung Dritter oder der Allgemeinheit	212
c) Knebelungsverträge	212
d) Wettbewerbsverbote	212
e) Verstöße gegen die Sexualmoral	213
f) Wucherähnliches Geschäft	213
4. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	214
a) Allgemeines	214
b) Nichtigkeit des Erfüllungsgeschäfts	215
c) Rückabwicklung	215
d) Verhältnis zur AGB-Kontrolle	215
e) Ersatzansprüche des Benachteiligten	216
IV. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2 BGB)	216
1. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	216
a) Objektive Voraussetzungen	216
b) Subjektive Voraussetzungen	217
2. Die Rechtsfolgen	218
a) Das Verpflichtungsgeschäft	218
b) Das Erfüllungsgeschäft	218
c) Die Rückabwicklung	218
§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung	219
I. Die Zustimmung	219
1. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	219
2. Einzelheiten zur Zustimmung	220
3. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	221
4. Die „Ermächtigung“	222
a) Verfügungsermächtigung	223
b) Ausübungs-, insbesondere Einziehungsermächtigung	223
c) Verpflichtungsermächtigung?	223
II. Die Bedingung	224

1. Begriff und Bedeutung der Bedingung	224
a) Allgemeines	224
b) Arten der Bedingung	225
2. Die Zulässigkeit der Bedingung	226
3. Die Wirksamkeit der Bedingung	226
4. Die Wirkungen der Bedingung	227
a) Der Eintritt der Bedingung	227
b) Der Ausfall der Bedingung	228
c) Der Schwebezustand	228
III. Die Befristung	229
IV. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen	230
§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft	230
I. Die Nichtigkeit	230
1. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit	230
2. Die Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	231
a) Allgemeines	231
b) Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	232
c) Rechtsfolgen	232
d) Vorrang des abweichenden Parteiwillens	233
3. Die Umdeutung (§ 140 BGB)	234
a) Allgemeines	234
b) Vorrang der Auslegung	234
c) Voraussetzungen der Umdeutung	235
d) Rechtsfolgen	235
e) Ausschluss der Umdeutung	236
4. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	236
a) Allgemeines	236
b) Voraussetzungen	236
c) Rechtsfolgen	237
II. Die schwebende Unwirksamkeit	237
III. Die relative Unwirksamkeit	238
IV. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte	239
§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	239
I. Allgemeines	239
II. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“	240
1. Die gesetzliche Definition (§ 305 Abs. 1 S. 1 BGB)	240
a) Vertragsbedingungen	241
b) Vorformulierung	241
c) Vielzahl von Verträgen	241
d) Stellen der Vertragsbedingungen	242
2. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB)	242
III. Sonderregelung für Verbraucherverträge	243
1. Begriff des „Verbrauchervertrags“	243
2. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB)	243
3. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB)	244
4. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB)	244

IV. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	244
1. Die Einbeziehungsvereinbarung	244
a) Ausdrücklicher Hinweis auf die AGB bei Vertragsschluss	244
b) Verschaffung der Möglichkeit der Kenntnisnahme	245
c) Einverständnis des Gegners	245
2. Exkurs: Kollidierende AGB	245
V. Überraschende Klauseln	246
VI. Die Auslegung von AGB	247
1. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	247
2. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305 b BGB)	247
3. Die Unklarheitenregel (§ 305 c Abs. 2 BGB)	248
VII. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot	249
1. Die Inhaltskontrolle von AGB	249
2. Das Umgehungsverbot	250
VIII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	250

3. Kapitel. Das subjektive Recht

§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht	253
I. Das Rechtsverhältnis	253
1. Begriff	253
2. Inhalt	253
3. Entstehen, Änderung und Ende	253
II. Das subjektive Recht	254
1. Begriff und Bedeutung	254
2. Arten	254
a) Absolute Rechte	254
b) Relative Rechte	255
c) Sonstige Arten	257
3. Erwerb und Verlust	257
a) Erwerb	257
b) Verlust	258
4. Die Rechtsausübung	259
5. Grenzen der Rechtsausübung	260
a) Schikane	260
b) Sittenwidrige Rechtsausübung	260
c) Treuwidrige Rechtsausübung	260
III. Pflichten und Obliegenheiten	261
1. Pflichten	261
2. Obliegenheiten	262
§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede	262
I. Anspruch	263
1. Begriff und Bedeutung des Anspruchs	263
2. Arten des Anspruchs	263
3. Anspruchsgrundlage	263
4. Allgemeine Regeln	263
5. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen	264

II. Einwendungen und Einreden	264
1. Einwendungen	264
2. Einreden	264
3. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess	265
a) Bestreiten der Klagetatsache („Klageleugnen“)	265
b) Vorbringen von Verteidigungstatsachen („Einreden im prozessrechtlichen Sinn“)	265
III. Die Einrede der Verjährung	266
1. Begriff und Zweck der Verjährung	266
2. Anwendungsbereich der Verjährung	266
3. Verjährungsfristen	266
a) Grundsatz	266
b) Spezialregelungen	267
4. Beginn der Verjährung	267
a) Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist	267
b) Beginn sonstiger Verjährungsfristen	268
5. Verjährungshindernisse	268
6. Wirkungen der Verjährung	269
a) Entstehen eines Leistungsverweigerungsrechts	269
b) Keine Rückforderung des Geleisteten	270
c) Fortbestand dinglicher Sicherheiten	270
7. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	270
a) Grundsatz der Vertragsfreiheit	270
b) Erschwerung der Verjährung	270
c) Erleichterung der Verjährung	271
§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz	271
I. Der staatliche Rechtsschutz	271
1. Erkenntnisverfahren	271
2. Vollstreckungsverfahren	272
3. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	272
II. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	272
1. Überblick	272
2. Notwehr	272
a) Begriff und Voraussetzungen	272
b) Rechtsfolge	273
3. Notstand	274
a) Begriff und Arten des Notstands	274
b) Verteidigungsnotstand (§ 228 BGB)	274
c) Angriffsnotstand	275
4. Selbsthilfe (§§ 229–231 BGB)	275
a) Begriff der Selbsthilfe	275
b) Voraussetzungen der Selbsthilfe	275
c) Mittel der Selbsthilfe	276
d) Grenzen der Selbsthilfe	276
e) Rechtsfolge	276

4. Kapitel. Die Rechtssubjekte

§ 20. Die natürlichen Personen	278
I. Der Mensch als Rechtssubjekt	278
II. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	278
1. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	278
2. Beginn der Rechtsfähigkeit	278
3. Ende der Rechtsfähigkeit	279
4. Beweisfragen und Todeserklärung	279
5. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	279
6. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	280
III. Der Wohnsitz	280
1. Begriff und Bedeutung	280
2. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	281
IV. Name und Namensschutz	281
1. Begriff und Arten des Namens	281
2. Das Namensrecht	282
3. Der Schutz des Namens	282
a) Namensbestreitung	282
b) Namensanmaßung	282
c) Verletzungsfolgen	284
4. Die Ausdehnung des Namensschutzes	284
V. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	284
§ 21. Juristische Personen	285
I. Allgemeines	285
1. Begriff und Bedeutung	285
2. Arten und Entstehung der juristischen Person	286
a) Juristische Personen des Privatrechts	286
b) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	287
3. Die Relativierung der juristischen Person	287
a) Verein und Gesellschaft als Organisationsmodelle	287
b) Die „rechtsfähige Personengesellschaft“	287
II. Der rechtsfähige Verein	288
1. Entstehung	288
a) Gründungsvertrag	288
b) Erlangung der Rechtsfähigkeit	288
c) Vorverein	289
2. Mitgliedschaft	289
a) Begründung und Beendigung	289
b) Inhalt	290
c) Vereinsstrafen	290
3. Organisation und Willensbildung	291
a) Die Vereinsverfassung	291
b) Die Organe des Vereins	292
aa) Der Vorstand	292
bb) Die Mitgliederversammlung	293
4. Vertretung und Haftung	294

a)	Vertretung bei Rechtsgeschäften	294
b)	Haftung des Vereins	294
aa)	Die Organ- und Repräsentantenhaftung (§ 31 BGB)	295
bb)	Gehilfenhaftung	296
cc)	Haftung für Organisationsmängel	297
dd)	Haftung der Vereinsmitglieder?	297
5.	Haftung von Vorstandsmitgliedern	298
6.	Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins	298
a)	Erlöschen und Auflösung	298
b)	Verlust der Rechtsfähigkeit	298
c)	Liquidation	298
III.	Vereine ohne Rechtspersönlichkeit	299
1.	Rechtsentwicklung	299
2.	Teilnahme am Rechtsverkehr	299
3.	Rechtsverfolgung durch und gegen den Verein	300
4.	Haftung	300
a)	Haftung der Vereinsmitglieder	300
b)	Die Haftung des Handelnden (§ 54 Abs. 2 BGB nF)	300
IV.	Die Stiftung	301
1.	Begriff und Bedeutung	301
2.	Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung	301
a)	Entstehen der Stiftung	301
b)	Verfassung der Stiftung	302
c)	Erlöschen der Stiftung	302

5. Kapitel. Die Rechtsobjekte

§ 22.	Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen	303
I.	Die Rechtsobjekte	303
1.	Begriff und Bedeutung	303
2.	Abgrenzung	303
II.	Das Vermögen	304
1.	Begriff	304
2.	Bedeutung	304
III.	Das Unternehmen	306
1.	Begriff	306
2.	Bedeutung	306
§ 23.	Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen	307
I.	Die Sachen	307
1.	Begriff und Abgrenzung	307
2.	Arten	308
a)	Unbewegliche und bewegliche Sachen	308
b)	Vertretbare Sachen und Gattungssachen	308
c)	Verbrauchbare Sachen	309
d)	Teilbare Sachen	309
II.	Einzelsache und Sachgesamtheit	309
III.	Die Bestandteile	310

1. Begriff	310
2. Arten	310
a) Die allgemeine Regelung für wesentliche Bestandteile (§ 93 BGB)	310
b) Die Regelung für Grundstücke (§§ 94–96 BGB)	311
3. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung	312
a) Rechtliche Bedeutung	312
b) Wirtschaftliche Bedeutung	312
IV. Das Zubehör	312
1. Begriff	313
a) Selbstständige bewegliche Sache	313
b) Funktioneller Zusammenhang	313
c) Räumlicher Zusammenhang	313
d) Vorrang der Verkehrsauffassung	313
2. Rechtliche Bedeutung	314
V. Nutzungen, Früchte und Lasten	314
1. Begriffe	314
2. Bedeutung	315
§ 24. Digitale Produkte	316
I. Begriff und Beispiele	316
II. Vertragsrechtliche Regelungen	316
Anhang. Technik der Fallbearbeitung	317
I. Vorbereitung der Niederschrift	317
II. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift	319
III. Muster eines Falles mit Lösung	322
Sachverzeichnis	325